



**Stadtkanzlei**

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2  
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch  
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Beschlüsse des Stadtparlaments von heute Donnerstag, 30. April 2009

## **Ja zur Ausweitung von Förderungsmassnahmen für Energiesparmassnahmen**

Heute Donnerstag, 30. April 2009, stimmte das Parlament der Ausweitung des Förderungsmassnahmen-Katalogs für Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich deutlich zu. Zudem wurden die Jahresrechnungen 2008 der Stadt und der Technischen Betriebe Wil gutgeheissen und eine Zuweisung von 5 Mio. Franken an eine Steuerausgleichsreserve beschlossen. Schliesslich nahm das Parlament den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und den Geschäftsbericht 2008 zur Kenntnis.

38 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

### **1. Dringliche Interpellation Guido Wick, GRÜNE prowil – Ausweitung des Katalogs Förderungsmassnahmen für Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich**

Am 5. April 2009 reichte Guido Wick, GRÜNE prowil, mit 12 Mitunterzeichnenden die Interpellation «Ausweitung des Katalogs Förderungsmassnahmen für Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich» ein. Darin bezieht er sich auf den vom Parlament im November 2008 gutgeheissenen Nachtrag IV zum städtischen Baureglement, der unter anderem Förderungsbeiträge für Energiesparmassnahmen im Gebäudebereich enthält.

Die St. Galler Regierung informierte im April 2009 über kantonale Mittel für die «Aktion 2009». Dabei werden 5 Mio. Franken Förderbeiträge an umfassende Gebäudesanierungen sowie für Dach-, Estrich-, Kellerdecken- und Leitungsdämmungen gewährt. Beitragsberechtigt sind zudem Massnahmen zur Verbesserung der Strom- und Heizeffizienz durch den Ersatz von Elektroboilern, elektrischen Widerstandsheizungen, Umwälzpumpen in Heizungsanlagen, Beleuchtungen in Klassenzimmern und elektrischen Haushaltgeräten durch Produkte aus der Top Ten-Liste sowie der Einbau von Thermostatventilen und Geräten für die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung. Die Interpellation fordert, dass sich der Stadtrat an ebendiese Programme des Kantons St. Gallen anhängt.

Folgende Termine gelten für dieses kantonale Programm «Aktion 2009»:

- Gesuche einreichen für Beiträge: ab 1. Mai 2009
- Start Ausführungsarbeiten: frühestens 1. Mai 2009
- Frist zur Einreichung von Gesuchen: bis spätestens 30. September 2009
- Investitionen: zwingend im laufenden Jahr tätigen und abschliessen; eine Ausnahme mit einer längeren Frist gilt für umfassende Gebäudesanierungen

In seiner Interpellation stellt Guido Wick die Frage, ob der Stadtrat bereit ist, den eingangs erwähnten städtischen Förderkatalog demjenigen des Kantons vollumfänglich anzupassen? Auch wenn der Nach-



Seite 2

trag IV des Baureglements der Stadt Wil erst nach Ablauf der Referendumsfrist am 11. Mai 2009 in Kraft gesetzt werden kann, ist der Stadtrat unabhängig von diesem Zeitpunkt bereit, die «Aktion 2009» grösstenteils und anlog der Laufzeit des Kantons zu unterstützen. Dabei ist der Stadtrat der Überzeugung, dass in erster Linie langfristige Fördermassnahmen unterstützungswürdig sind, wobei von städtischen Beiträgen in der Höhe von maximal 30 Prozent des kantonalen Förderbeitrages ausgegangen wird. Das ergibt ein Total von 57'000 Franken, welche die Stadt Wil ausschütten wird.

Folgende Bereiche sollen (neben den bereits bestehenden TBW-Beiträgen an Photovoltaik-Anlagen) durch einen Beitrag der Stadt Wil unterstützt werden:

- Gebäudesanierungen (Klimarappen)
- Dach- und Estrichdämmung
- Dämmung von Kellerdecken und Leitungen
- Ersatz von Elektroboilern
- Ersatz von elektrischen Widerstandsheizungen
- Ersatz von Beleuchtungen in Klassenzimmern
- Ersatz von Umwälzpumpen in Heizungsanlagen
- Verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung
- Einbau von Thermostatventilen

Zwei Massnahmen des Kantons – Beiträge an den Kauf von Kühlschränken und Gefriergeräten sowie von Waschmaschinen, WP-Tumbler und Geschirrspüler – wurden nicht in den städtischen Katalog aufgenommen: Ein solcher Anreiz könnte laut Stadtrat zu einem zu frühen Ersatz von Haushaltsgeräten führen, was wohl eine Energieeinsparung im Betrieb bringe, gleichzeitig aber die Gesamtenergiebilanz durch den Verbrauch grauer Energie (z.B. für die Produktion und den Vertrieb des Gerätes) verschlechtere.

Die Bevölkerung wird auf die Neuerungen und die Beitragsmöglichkeiten aufmerksam gemacht, zum einen mit einem Link auf der Website [www.stadtwil.ch](http://www.stadtwil.ch), zum andern mit einem Infoblatt als Beilage zum Rechnungsversand der TBW in Wil Ende Mai.

Einleitend zu seinem Votum kritisierte der Interpellant Guido Wick die Tatsache, dass diese zwei Massnahmen des Kantons – Beiträge an den Kauf von Kühlschränken und Gefriergeräten sowie von Waschmaschinen, WP-Tumbler und Geschirrspüler – nicht in den städtischen Katalog aufgenommen worden seien. Das Argument eines zu frühen Ersatzes von Elektrogeräten alleine aufgrund des städtischen Beitrages erachtet er als nicht stichhaltig. Zudem würden mit diesen Beiträgen an den Kauf von Geräten auch Massnahmen zugunsten von Mietern umgesetzt – von den übrigen Massnahmen profitieren lediglich Liegenschaftsbesitzer. Bezüglich der Information der Bevölkerung regt Interpellant Wick auch Plakatstellen als geeignete Kanäle für eine knackige Kampagne und den weiterführenden Hinweis auf die Website [www.stadtwil.ch](http://www.stadtwil.ch).

Abschliessend zeigte sich Guido Wick mit der Beantwortung nur teilweise zufrieden und verlangte infolge des Verzichts auf die genannten zwei Massnahmen die Diskussion. Diesem Antrag folgte das Parlament. Dabei sprach sich Norbert Hodel, FDP, für eine «Abwrack-Prämie» für Elektrogeräte aus – dies stünde Wil als Energie- und Wirtschaftsstadt gut an. Daniel Zäch, SVP, unterstützte dieses Votum, zumal der Förderbeitrag bei der Wahl eines neuen Gerätes genau den Unterschied zwischen einem hinsichtlich Energieverbrauch guten und einem sehr guten Gerät ausmachen könne. Gerade im einem Bereich, in dem sehr schnell und einfach eine Wirkung erzielt werden könne, wolle sich die Stadt nicht engagieren,



Seite 3

kritisierte Silvia Ammann namens der SP und sprach sich für die Aufnahme der fraglichen Massnahmen in den Katalog aus.

## 2. Bearbeitungsstand parlamentarische Vorstösse

Gemäss Geschäftsreglement des Stadtparlaments unterbreitet der Stadtrat dem Parlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate. Von Mitte März 2008 bis Mitte März 2009 hat der Stadtrat insgesamt 27 parlamentarische Vorstösse – fünf Motionen, drei Postulate, vier Anfragen und 15 Interpellationen – erledigt. 13 weitere parlamentarische Vorstösse sind in Bearbeitung, noch nicht behandelt waren Mitte März 2009 noch fünf Vorstösse.

Dem stadträtlichen Antrag, vom Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse mit Stand Mitte März 2009 sei Kenntnis zu nehmen, stimmte das Parlament ohne Gegenstimmen zu. Keine Mehrheit fand hingegen der zweite Antrag des Stadtrates, wonach das Postulat von Marcus Zunzer, CVP, betreffend eines dynamischen statt eines statischen Finanzmodells, abzuschreiben sei. Hier folgte das Parlament deutlich dem Antrag der GPK, der auf nicht abschreiben lautete, weil das Parlament in jedem Falle eine schriftliche Antwort auf ein Postulat verlange.

Kritisiert wurde die noch nicht erfolgte Bearbeitung verschiedener Vorstösse: Postulat Andreas Widmer «Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Regionsgemeinden» (Votant Norbert Hodel, FDP); Postulat Klaus Rüdiger «Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit» (Votant Harald Girschweiler, SVP).

## 3. Geschäftsbericht 2008

Mitte April wurde der dreiteilige Geschäftsbericht 2008 des Stadtrates in alle Wiler Haushalte verteilt. In der ersten Broschüre legt der Stadtrat Rechenschaft ab über das vergangene Jahr, die zweite Broschüre enthält detaillierte Berichte über die Arbeit der Departemente und Dienststellen mit zahlreichen Statistiken und Grafiken. Eine dritte Broschüre listet als Adressverzeichnis Ansprechpersonen und Mitglieder von Behörden und Verwaltung auf. Alle drei Broschüren können auch auf [www.stadtwil.ch](http://www.stadtwil.ch) heruntergeladen werden.

Die GPK stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von (finanziellem und personellem) Aufwand und Ertrag des Geschäftsberichts und kam zum Schluss, dass dieser ausführliche Bericht für politisch Interessierte sehr wohl von Bedeutung und damit gerechtfertigt ist.

In der allgemeinen Diskussion kritisierte Eva Noger, GRÜNE prowil, den etwas «zahnlosen Inhalt» – der Geschäftsbericht sei eher eine Werbebroschüre. Auch Patrick Lerch sprach namens der SVP-Fraktion von einer Image-Broschüre, wobei Aufwand und Ertrag fraglich seien, insbesondere bei der Broschüre 3, beim Adressverzeichnis. Weitere kritische Fragen in Sachen Broschüre 1 bezogen sich auf fehlende Inhalte respektive auf eine fehlende Erfolgskontrolle bezüglich Umweltfragen, auf die Bodenpolitik respektive auf den zögerlichen Verkauf von Liegenschaften, auf die nicht sinnvolle Umbenennung des Nacht- in Abend-Taxi, auf das Projekt der Biogasanlage Biorender sowie auf die knappen Angaben im Bereich Integration. Bezüglich der Broschüre 2 wurde moniert, dass im Vergleich zum Geschäftsbericht 2007 einzelner Tabellen und Angaben etwa im Bereich Deckungsgrad Stadtbuss nicht mehr aufgeführt worden waren.

In der Schlussabstimmung folgte das Parlament einstimmig dem Antrag des Stadtrates und dem gleichlautenden GPK-Antrag und nahm vom Geschäftsbericht 2008 Kenntnis.



#### 4. Jahresrechnung 2008

*An einer Pressekonferenz am 10. März 2009 informierte der Stadtrat über das Rechnungsergebnis 2008 der Stadt und der TBW.*

Die Rechnung 2008 des städtischen Haushaltes schliesst bei Ausgaben von 94'199'781 Franken und Einnahmen von 98'944'528 Franken mit einem Ertragsüberschuss von gut 4,744 Mio. Franken (inkl. Abgaben der TBW gemäss Abgabemodell). Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von 547'000 Franken. Damit ergibt sich eine Besserstellung von rund 4,2 Mio. Franken. Als Folge überdurchschnittlich hoher Investitionen stieg die städtische Verschuldung um 7,86 Mio. Franken auf neu rund 33,64 Mio. Franken an. Die TBW erzielten im Geschäftsjahr 2008 einen Gesamterfolg von 6,99 Mio. Franken (Unternehmenserfolg vor Abgaben an die Stadt). Dieser setzt sich aus den jeweiligen Betriebsergebnissen der Elektrizitätsversorgung (1,38 Mio.), des Kommunikationsnetzes (3,08 Mio.), der Gasversorgung (1,74 Mio.) und der Wasserversorgung (0,80 Mio.) zusammen.

Für die Verwendung des Rechnungsüberschusses der Stadt beantragte der Stadtrat dem Parlament ursprünglich, 1,74 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibungen sowie 3 Mio. Franken für eine Vorfinanzierung für das Pflegezentrum Fürstenuw zu verwenden. Vom Rechnungsüberschuss der TBW seien gemäss Abgabemodell 2,527 Mio. Franken an die Stadt zu entrichten, während 3,565 Mio. für Abschreibungen verwendet werden und 0,9 Mio. Franken dem Eigenkapital zufließen sollen.

Die GPK unterstützt den stadträtlichen Antrag bezüglich des städtischen Rechnungsüberschusses, schlägt aber eine andere Verwendung des TBW-Überschusses vor. Man halte an den Abgaben von 2,527 Mio. Franken gemäss Abgabemodell fest, schlage aber eine zusätzliche Abgabe von 2 Mio. Franken an die Stadt zur Bildung einer Vorfinanzierung für das Pflegezentrum Fürstenuw vor. Für Abschreibungen verbleiben damit noch 2,465 Mio. Franken.

Nach erneuter Beratung sprach sich der Stadtrat für die von der GPK vorgeschlagene Verwendung des TBW-Rechnungsüberschusses aus. Bezüglich des Überschusses aus der Rechnung der Stadt stellte er indes einen neuen Antrag: Von diesen 6,744 Mio. Franken (inklusive zusätzliche TBW-Abgabe) seien 1,74 Mio. Franken für Abschreibungen und 5 Mio. Franken als Einlage in eine Steuerausgleichsreserve im Eigenkapital zu verwenden. Die Bildung einer solchen Steuerausgleichsreserve erlaubt Stadtparlament und Stadtrat, die Handlungsfreiheit ohne Steuerfusserhöhung zu erhalten. Infolge dieses neuen stadträtlichen Antrages zog die GPK ihre Anträge zurück.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftssituation, der Auswirkungen der Nachträge zum kantonalen Steuergesetz, der erhöhten Kinderabzüge, dem vorgezogenen Ausgleich der kalten Progression (Jahr 2010 statt Jahr 2011) sowie insbesondere aufgrund einer konkreten Mitteilung des Kantonalen Steueramtes Ende März 2009 bezüglich namhafter Steuerausfälle bei den natürlichen Personen bereits 2009 und in den Folgejahren, ist schon dieses Jahr von einer Verschlechterung der Finanzlage von Wil auszugehen. Zugleich steht mit dem Sportpark Bergholz ein grosses Projekt an. Daher dürfte das Eigenkapital der Stadt Wil von derzeit rund 10 Mio. Franken ohne Gegenmassnahmen in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Eine mögliche Massnahme ist die Erhöhung des Eigenkapitals mit einer solchen Steuerausgleichsreserve.

Bei aller allseits zum Ausdruck gebrachten Freude über den guten Rechnungsabschluss: In der Einleitung respektive in der allgemeinen Diskussion wurden von der GPK beziehungsweise von der CVP-Fraktion das Ausgabenwachstum kritisiert, was die GRÜNEN prowil unterstrichen. Die SP monierte fehlende Weitsicht, was sich in den kurzfristig geänderten stadträtlichen Anträgen zeige. Wie die CVP stellte sich aber auch die SP hinter die neuen stadträtlichen Anträge. Die SVP wünschte sich vom Stadtrat, aber auch vom Parlament angesichts der aktuell düsteren Wirtschaftssituation eine klare Unterscheidung in Wünschbares und Notwendiges. Die FDP sprach sich vor dem Hintergrund voraussichtlich sinkender Einkünfte deut-



Seite 5

lich für eine sparsame Ausgabenpolitik aus und votierte dafür, dem Stadtrat bereits jetzt Erwartungen bezüglich des Voranschlages mit auf den Weg zu geben statt erst im Dezember den Voranschlag zu kritisieren.

Die GRÜNEN prowil stellten einen Rückweisungsantrag zum Antrag des Stadtrates bezüglich des Rechnungsüberschusses der Stadt: Dessen Vor- und Nachteile seien zuerst durch die GPK zu beraten. Der Antrag wurde grossmehrheitlich abgelehnt. In der Folge genehmigte das Parlament die Rechnungen 2008 von TBW und Stadt grossmehrheitlich und genehmigte auch die neuen Anträge zur Überschussverwendung des Stadtrates grossmehrheitlich. So wird der TBW-Überschuss von Fr. 6'992'659.11 wie folgt verwendet: Abgabe an die Stadt (gemäss Modell) 2,527 Mio., zusätzliche Abgabe 2 Mio., Abschreibungen 2,465 Mio. Franken. Der Rechnungsüberschuss der Stadt von Fr. 6'744'746.92 (inkl. zusätzliche TBW-Abgabe) wird wie folgt verwendet: Abschreibungen 1,743 Mio., Einlage in die Steuerausgleichsreserve 5 Mio. Franken.

Ein Änderungsantrag von Mario Breu, FDP, den gesamten Rechnungsüberschuss der Stadt von 6,74 Mio. der Steuerausgleichsreserve zu legen, unterlag dem Stadtrats-Antrag zur Überschussverwendung.

Der von Norbert Hodel, FDP, eingebrachte Zusatzantrag «Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament einen ausgeglichenen Voranschlag 2010 ohne Ausgabenwachstum zu unterbreiten» wurde zugunsten eines Antrages von Guido Wick, GRÜNE prowil, zurückgezogen. Dieser Antrag lautete: «Das Budget 2010 sei im Vergleich zum Budget 2009 ohne Mehrausgaben auf den Sachaufwand vorzulegen.» Eine Mehrheit des Parlaments sprach sich für diesen Antrag aus.

### **Auf die nächste Sitzung verschobene Traktanden**

- Interpellation Markus Hilber, FDP: «A1-Anschluss Wil-West - Agglomerationsprogramm»
- Interpellation Esther Spinas, GRÜNE prowil: «Konzept Langsamverkehr und Schulwegsicherheit»

### **Kommissionen**

Zur Beratung des Geschäfts « Ausbau Tagesstrukturen an der Schulen der Stadt Wil» wurde eine nicht ständige Siebner-Kommission eingesetzt. Unter dem Präsidium von Harald Girschweiler (SVP), gehören dieser Kommission Susanne Hartmann Gillessen (CVP), Christine Hasler (CVP), Adrian Bachmann (FDP), Bruno Egli (FDP), Esther Spinas (GRÜNE prowil) und Marianne Mettler (SP) an.

### **Parlamentarische Vorstösse**

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Interpellation Marianne Mettler, SP: «Wettlauf um Biogas»
- Motion Norbert Hodel, FDP: «Regelmässige viermal jährliche Kontrolle der Immissionsgrenzwerte bei Mobilfunkantennen auf dem Gebiet der Stadt Wil»
- Interpellation Guido Wick, GRÜNE prowil: «Gestaltungsplanänderung Neualtwil korrekt abwickeln»

**Schluss der Sitzung:** 20.20 Uhr